

Worben, 10. Februar 2026

Parolenfassung der SD-Geschäftsleitung vom 06. Januar 2026 für die eidg. Volksabstimmungen vom 08. März 2026:

Volksinitiative „Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)“ und direkter Gegenentwurf (Bundesbeschluss über die schweizerische Währung und die Bargeldversorgung): Ja zur Initiative, Ja zum Gegenentwurf, Stichfrage zugunsten der Initiative

Sowohl mit der Initiative als auch mit dem direkten Gegenentwurf soll Bargeld als Zahlungsmittel verfassungsmässig geschützt werden. Der Initiativtext erwähnt jedoch explizit die Versorgung mit Noten und Münzen, was konkreter und wirkungsvoller ist. Zudem kann man deren demokratische Absicherung nur durch den Bund selbst und nicht über die Schweizerische Nationalbank (SNB) gewährleisten. Der Erhalt der hiesigen Währung, des Schweizer Frankens, ist grösstmöglich mittels Volks- und Ständemehr zu garantieren. Eine gesetzliche Verankerung reicht daher nicht aus. Die Schweizer Demokraten (SD) wollen mit der Sicherstellung der Bargeldversorgung die Gesellschaft vor dem schleichenden Digitalisierungszwang schützen. Die Wirtschaft als solches schränkt die Freiheit etwa mit der Schliessung von Post- und Bankfilialen, dem Abbau von Bancomaten oder Ticketautomaten sowie mit höheren Gebühren ein. Insbesondere die älteren Generationen werden mit der Pflicht zum bargeldlosen Zahlungsverkehr diskriminiert und ausgegrenzt. Letztlich funktionieren Noten und Münzen unabhängig von Strom und Netz, anonym und krisensicher. Zur Initiative und zum Gegenentwurf wird die Ja-Parole beschlossen. Bei der Stichfrage ziehen die SD die Initiative vor.

Ja zur Volksinitiative „200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)“

Mit dieser Initiative will man die Radio- und Fernsehgebühren von heute 335 auf 200 Franken pro Haushalt und Jahr senken. Ausserdem sollen Unternehmungen vollumfänglich entlastet werden, zumal die jeweiligen erwerbstätigen Menschen bereits als Privatpersonen Gebühren bezahlen. Des Weiteren sind Programme für die sprachlichen Minderheiten sowie regionale und lokale Berichterstattungen im bisherigen Umfang gewährleistet. Der Erhalt des medialen „Service public“ und nicht zuletzt der nationale Zusammenhalt als solches hat für die Schweizer Demokraten (SD) höchste Priorität. Hingegen besteht bei Politsendungen Verbesserungsbedarf, denn lediglich die grossen politischen Parteien und Institutionen werden befragt oder zu den Diskussionspodien eingeladen, was als undemokratisch zu bezeichnen ist. Zur Vorlage wird die Ja-Parole beschlossen.

Stimmfreigabe zur Volksinitiative „Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)“

Mit dieser Initiative will man zukünftig Investitionen für den Klimaschutz als Ganzes im Umfang von 0,5 bis 1 Prozent der gesamten Schweizer Wirtschaftsleistung tätigen. Dafür soll ein Fonds eingerichtet werden. Einerseits benötigt es im Vergleich zu heute zusätzliche finanzielle Mittel. Ansonsten ist es nicht möglich, fossile Brennstoffe und somit den CO₂-Ausstoss entscheidend zu reduzieren. Andererseits haben Ausgaben in der Höhe von gesamthaft 4 bis 8 Milliarden Franken pro Jahr auch eine spürbare einschneidende finanzpolitische Wirkung. Es besteht keine Garantie, dass die Schuldenbremse immer eingehalten werden kann. Die Schweizer Demokraten (SD) verzichten auf die Fassung einer Parole und beschliessen Stimmfreigabe.

Ja zum Bundesgesetz über die Individualbesteuerung (indirekter Gegenvorschlag zur Steuergerechtigkeits-Initiative)

Mit dieser Gesetzesreform soll zukünftig jede Person individuell besteuert werden. Bisher zählte man die beiden Einkünfte der Ehepartner zusammen, woraus eine höhere Steuerbelastung resultierte. Es war demnach attraktiver, sich als Konkubinatspaar getrennt veranlagen zu lassen. Verfügen beide Partner über ein ähnlich hohes steuerbares Einkommen, so bestehen bezüglich des Zivilstandes zusätzliche Unterschiede, wenn sie Kinder haben. Demnach wird genauso der Kinderabzug erhöht. Des Weiteren hilft das Modell der Individualbesteuerung mit, die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Einzelperson zu stärken. Wer in möglichst hohem Ausmass erwerbstätig bleibt, erfährt somit steuerliche Vorteile. Für die Schweizer Demokraten (SD) ist die Abschaffung der sogenannten Heiratsstrafe von prioritärer Bedeutung. Deshalb wird zur Vorlage die Ja-Parole beschlossen.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident